



**GEWERKSCHAFTSBUND
DES KANTONS ZUG**

GBZ-Info Nr. 58, Februar 2005

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Die **Esec in Cham** hat sich in den letzten Wochen zu einer gewerkschaftliche Erfolgsgeschichte entwickelt. Als die Firmaleitung die Verlegung der Chip-Produktion nach Singapur und die Streichung von 330 Arbeitsplätzen bekannt gab, lud die Gewerkschaft Unia ins Restaurant Chollermühle zu einem Informationsaustausch ein. Es wurde ein Tisch für sechs Personen reserviert, es kamen aber 33. Am nächsten Tag nahmen über Hundert an der ersten Betriebsversammlung teil. Inzwischen sind über 100 der Gewerkschaft Unia beigetreten. Als erstes konnte die Gewerkschaft eine Fristerstreckung für die Konsultation erwirken. In tagelanger Arbeit definierten anschliessend dutzende von Angestellten zusammen mit Unia-Sekretär André Veya eine industrielle Strategie, welche die Erhaltung des Standortes Cham zum Ziel hat. Auf 22 Seiten nahm dann die Unaxis Stellung zu den Anliegen der Belegschaft, wobei auf viele konkrete Fragen, namentlich jene nach den Fehlern des Managements, die Antwort verweigert wurde. Grundton der Stellungnahme: Die Unaxis hält an ihrem Entscheid fest!

Der Leiter des kantonalen Amtes für Wirtschaft versuchte in der Folge zu vermitteln. Erfreulicherweise sind die kantonalen Behörden aktiv geworden. In einer ersten Reaktion wusste nämlich der Zuger Volkswirtschaftsdirektor nichts Gescheiteres zu sagen, als dass es nicht Aufgabe der Politik sei, strategische Unternehmensentscheide zu bewerten oder zu kritisieren und vertröstete die Esec-Mitarbeitenden damit, dass die Siemens Arbeitsplätze nach Zug verlege. Aufgabe der kantonalen Behörden ist aber nicht nur, neue Firmen nach Zug zu holen, sondern auch dafür zu sorgen, dass bestehende Arbeitsplätze nicht wegrationalisiert werden. Dies insbesondere dann, wenn die Direktbetroffenen sich dagegen wehren!

In den Zuger Kinos konnte anfangs Januar der Film „**Verlorene Welt. Aus dem Innenleben des einstigen Konzerns Landis & Gyr**“ gesehen werden. Der Film wurde vom Zuger Industriepfad realisiert. Der GBZ unterstützte das Filmprojekt mit einem Beitrag aus dem ehemaligen Legat der Arbeitermusik.

Mit kollegialen Grüssen

Bruno Bollinger, GBZ-Präsident

Datum zum Vormerken:

6. April: GBZ Delegiertenversammlung

Das GBZ-Info geht an alle GBZ-Delegierten, an aktive GewerkschafterInnen und an PolitikerInnen, die über die Aktivitäten der Gewerkschaften informiert sein sollten.

Kein Lohndumping!

Bilaterale Verträge II:

Flankierende Massnahmen zum Schutz der Arbeitsbedingungen nachgebessert

Der National- und Ständerat hat in der Dezember-Session die geforderten Flankierenden Massnahmen angenommen. Das Referendum gegen die Personenfreizügigkeit wird von den Gewerkschaften nicht ergriffen.

Die vom eidgenössischen Parlament ratifizierten zweiten Bilateralen Verträge II bringen die Personenfreizügigkeit mit den neuen EU-Ländern in Mittel- und Osteuropa. Arbeitende aus diesen Ländern können ab 30. April 2011 ohne Bewilligung in der Schweiz arbeiten, umgekehrt können Schweizer in diesen Ländern werktätig sein.

Flankierende Massnahmen nachbessern

Um Lohndumping und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu verhindern, verlangen die Gewerkschaften griffigere Flankierende Massnahmen. Kern derselben ist das Entsendegesetz, welches festhält, dass jene Arbeitsbedingungen gelten, die vor Ort, d.h. dort wo gearbeitet wird, in Kraft sind. Tripartite Kommissionen kontrollieren die Einhaltung und, wo Missbrauch festgestellt wird, können Gesamtarbeitsverträge (GAV) neu eingeführt (Normalarbeitsverträge mit zwingenden Minimallöhnen) oder allgemeinverbindlich erklärt werden. Seit dem 1. Juni 2004 besteht der freie Personenverkehr mit den „alten“ EU-Staaten. Die Befürchtungen, dass Arbeitgeber dies ausnützen werden, um billige Arbeitskräfte aus dem Ausland einzusetzen, haben sich mehr als bestätigt. Die flankierenden Massnahmen erwiesen sich als zu wenig griffig. Darum war es für die Gewerkschaften klar, dass sie einer Erweiterung der Personenfreizügigkeit nur dann zustimmen, wenn der Schutz der Arbeitsbedingungen nachgebessert wird.

Druck der Gewerkschaften

Auf Verlangen der Gewerkschaften hat das seco Arbeitgeber und Gewerkschaften zusammengerufen, die ein „Sozialpartnerpaket“ von zusätzlichen Flankierenden Massnahmen vorbereiteten, das nun vom Parlament angenommen wurde. Nachbesserungen finden auf verschiedenen Ebenen statt: Die so genannten Scheinselbstständigen müssen den Kontrollorganen ihr Erwerbsstatut nachweisen. Ausländischen Temporärfirmen müssen nicht nur die üblichen Arbeitsbedingungen einhalten, sondern auch die Beiträge an Frühpensionierungsmodelle und an die Weiterbildungs- und Vollzugskosten bezahlen. Die Allgemeinverbindlichkeits-Erklärung von GAV wird nochmals erleichtert.

Entscheidend ist aber, dass die Kontrollen und die Sanktionen verstärkt werden: Die Tripartiten Kommissionen dürfen nicht erst beim Vorliegen einer Klage aktiv werden. Behörden und Arbeitgeber müssen zeigen, dass sie die Flankierenden Massnahmen ernsthaft umsetzen. Davon wird abhängig sein, wie stark die Gewerkschaften sich für ein Ja zur Personenfreizügigkeit engagieren.

Ja zur Personenfreizügigkeit, aber nicht um jeden Preis!

Die Gewerkschaften sind für die Öffnung gegenüber Europa, die aber nicht zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führen darf. Die Rechtspopulisten müssen mit aller Deutlichkeit bekämpft werden, denn sie lehnen die Personenfreizügigkeit mit dem Schutz vor Lohndumping heuchlerisch ab und bekämpfen gleichzeitig die Flankierenden Massnahmen.

Schliesslich sind es der SVP angehörende oder ihr nahe stehende Arbeitgeber, welche viele GAV platzen lassen, um so hemmungslos Lohn- und Sozialdumping betreiben zu können. In den bisherigen Abstimmungen gaben die nicht ganz unbegründeten Ängste vieler Arbeitenden vor Lohn- und Sozialdumping den Ausschlag. Bei der Annahme der ersten Bilateralen Verträge spielten die von den Gewerkschaften durchgesetzten Flankierenden Massnahmen eine entscheidende Rolle. Denn, wenn die Fremdenfeindlichkeit bekämpft werden soll, muss den Einheimischen gezeigt werden, dass ihre Ängste und Befürchtungen ernst genommen werden.

Bruno Bollinger, Präsident Zuger Gewerkschaftsbund

Ein pensionierter Gewerkschaftskollege schrieb uns seine Sorgen ob dem freien Personenverkehr. Wir versuchen, darauf zu antworten...

Lohndumping verhindern wir nicht mit der Schliessung der Grenzen!

Seit Jahrzehnten ist die Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften ein grosses Problem für die Gewerkschaften, die sich auf einer Gratwanderung befinden: Auf der einen Seite die einheimischen Arbeitenden zu schützen, so dass ihre Arbeitsbedingungen nicht schlechter werden, auf der anderen Seite die Einwandernden als Menschen zu behandeln, sie zu integrieren und auch ihnen faire Arbeitsbedingungen zu garantieren.

Zu Deiner Zeit versuchte man, das Problem mit der Kontingentierung in den Griff zu bekommen. Diese Kontingentierungen waren aber innerhalb der Gewerkschaftsbewegung immer umstritten, nicht zuletzt deswegen, weil sie die ausländischen KollegInnen diskriminierten. Und sie waren nur bedingt wirksam. Denn das Grundübel - Du nennst es ja selber in Deinen Brief - sind jene rücksichtslosen Arbeitgeber, welche immer und überall versuchen, billigere Arbeitskräfte auszunützen, auch ohne freien Personenverkehr.

Das Grundproblem war damals wie heute: Wie zwingt man Arbeitgeber dazu, ihren Beschäftigten anständige Arbeitsbedingungen zu gewähren! In erster Linie geht es darum, die Löhne zu kontrollieren. Du weißt sicher noch aus Deiner Zeit, dass es diesbezüglich zwei Möglichkeiten gibt: In der Industrie mittels GAV und Betriebskommissionen, die im Betrieb deren Durchsetzung überwachen. Hier haben wir auch weniger Probleme bei der Umsetzung der GAV. In den gewerblichen Branchen mit vielen Kleinbetrieben, die keine Betriebskommissionen haben, gibt es die Paritätischen Kommissionen, welche die Anwendung der GAV kontrollieren (Lohnbuchkontrollen). Diese Kontrolle setzt aber voraus, dass diese GAV allgemeinverbindlich erklärt werden.

Vor Jahren konnten die Gewerkschaften durchsetzen, dass bei den Bilateralen Verträgen I Flankierende Massnahmen eingeführt wurden, die genau diese Kontrollmöglichkeiten verstärken. Die Erfahrung hat aber gezeigt, dass diese noch ungenügend sind. Darum hat der SGB ganz klar signalisiert, dass wenn die Flankierenden Massnahmen und deren Durchsetzungsmöglichkeiten nicht massiv ausgebaut werden, die Gewerkschaften den Bilateralen Verträgen II nicht zustimmen werden.

Der Druck hat gewirkt: GAV können erleichtert allgemeinverbindlich erklärt werden, Kanton und Bund können Normalarbeitsverträge mit zwingenden Minimallöhnen einführen, Temporärfirmen müssen Minimallöhne einhalten und ebenfalls Beiträge an Parifonds und Frühpensionierungen (z.B. Bau) bezahlen und so genannte Selbstständigen müssen ihren Status nach-

weisen. Die Kantone (auch der Kanton Zug) werden vom Bund unter Druck gesetzt, dass sie systematischer den Arbeitsmarkt kontrollieren und zwar präventiv und nicht erst, wenn Klagen da sind. Die Kantone müssen zudem eine genügende Anzahl Kontrolleure anstellen, d.h. einen Inspektor pro 25'000 Beschäftigte. Der Bund übernimmt zum Teil ihre Entschädigung. Mit diesen neuen Flankierenden Massnahmen erhalten die Gewerkschaften zusätzliche Kontrollmöglichkeiten des Arbeitsmarktes, wie sie es noch nie hatten. Das ist denn auch der Grund, wieso der Gewerkschaftsbund nun ja zur neuen Personenfreizügigkeit sagen kann. Ganz abgesehen davon, dass es eine Illusion wäre zu glauben, dass, wenn wir die Personenfreizügigkeit mit den neuen EU-Ländern ablehnen, das Problem von Lohndumping und der einheimischen Arbeitslosigkeit gelöst wäre. Die Arbeitgeber, allen voran die SVP-Arbeitgeber, würden es erst recht ausnützen und die Gewerkschaften hätten nicht genügend Druckmittel in der Hand.

Die Hirschhorn-Geschichte veranlasste uns zu folgender Stellungnahme, die in der neuen Zuger Zeitung vom 21.12.04, in der Zuger Presse vom 24.12.04 und in der Zuger Woche vom 28.12.04 erschienen ist.

Hirschhorn und die Demokratie

Die Kampagne gegen Frau Landamann Brigitte Profos und die finanziellen Strafaktionen gegen die Pro Helvetia passen ins gleiche Schema: Es sind Einschüchterungsversuche gegenüber jenen Leuten, welche die Machenschaften der Machthaber beim Namen nennen. Auf Künstler wie Hirschhorn wird geschossen, weil sie auf provokative Art und Weise das zu inszenieren versuchen, was vielleicht Tausende von Eidgenossen auch gerne tun würden.

Wohlgemerkt, auch sie Schweizerinnen und Schweizer, die Steuern zahlen.

Diese einer DDR würdigen Zensuraktionen kommen nicht zufälligerweise aus jenen Kreisen, die sonst lauthals nach Meinungsfreiheit schreien, wenn es ihnen darum geht, ganze Menschengruppen zu diffamieren (kriminelle Ausländer, Islamisierung der Schweiz, Scheininvaliden, rote Ratten). Gegen solche menschenfeindliche und undemokratische Machtdemonstrationen genügt es aber nicht zu „hirschhornen“. Es ist an der Zeit, dass die Menschen guten Willens sich dagegen auflehnen, so wie es die Gewerkschaften in immer mehr Betrieben tun.

Bruno Bollinger, Präsident Zuger Gewerkschaftsbund

Peinlich die Reaktion der Fraktionschefs von CVP, FdP und SVP, in der sie alle „Verfehlungen“ von Brigitte Pofos auflisteten...

Bereits am 7. November 1999 (!) veröffentlichte der GBZ folgende Stellungnahme.

Esec-Leute aufgepasst!

Die Bührle übernimmt die Esec. Konzernchef der Oerlikon Bührle Holding ist Willy Kissling, der uns als „Sanierer“ der Landis & Gyr bekannt ist. Dabei setzte er rücksichtslos die Interessen der Kapitalgeber auf Kosten der Arbeitenden durch. Inzwischen macht er dasselbe bei der Bührle.

Esec war als Betrieb bekannt, der soziale und fortschrittliche Arbeitsbedingungen gewährte. Die Mitarbeitenden wurden als wertvolles Kapital betrachtet, denen man weitgehende Mitwirkungsmöglichkeiten gab. Zu befürchten ist nun, dass Willy Kissling dies alles nicht besonders schätzen wird.

Den Arbeitenden der Esec geben wir einen guten Rat. Organisiert euch in der Gewerkschaft und sorgt dafür, dass eure guten Arbeitsbedingungen mit einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) abgesichert werden.

Bruno Bollinger, Präsident Zuger Gewerkschaftsbund

So widerspruchslos ging aber der Abbau der Arbeitsplätze bei der Esec nicht über die Bühne. Die Belegschaft reagierte auf die Aufforderung der Gewerkschaft und organisierte sich in der Unia. Somit gelang es, die Konsultationsfrist zu verlängern, die betroffenen Angestellten listeten ihre Vorschläge auf, wie die Arbeitsplätze in Cham erhalten werden könnten. Das Management lehnte jedoch alle Vorschläge ab und sprach bereits die ersten Kündigungen aus. Auch die Vermittlung des Kantons brachte keine konkreten Resultate. Bei Redaktionsschluss war es aber noch nicht klar, wie es weiter gehen wird.

Esec soll in Asien produzieren

Angestellte wehren sich gegen den Abbau von 330 Stellen

Unaxis macht das Tochterunternehmen Esec Anfang Jahr zur Konzerndivision, um im Dezember eine Massenentlassung anzukündigen. Das Personal wehrt sich.

330 von den rund 500 Stellen sollen bei der Esec in Steinhausen abgebaut werden. Das verkündete Unaxis-Verwaltungsratspräsident Willy Kissling im Dezember. Zudem muss Konzernchef Heinz Kundert zurücktreten. Anfangs Jahr hatte Unaxis seine Tochter Esec gekauft und gegen den Willen der Minderheitsaktionärin Classic Fund Management (CFM)

als Division in den Halbleiterbereich des Konzerns einverleibt. Die CFM war vor Gericht mit ihrer Klage abgeblitzt.

Abbau trotz schwarzen Zahlen

Der Halbleiterbereich soll nun saniert und in zwei bis fünf Jahren abgestossen werden. Vor allem der Chipverdrahtungsautomat «Tsunami» macht dem Unternehmen Sorgen. Zwar sei er technisch konkurrenzlos, doch kostenmässig nicht dort, wo man hinwolle. Dennoch schreibt die Esec schwarze Zahlen. Bei der Belegschaft in Steinhausen stiess die Ankündigung sauer auf. Das Vertrauen in die Geschäftsleitung

und in das Konzernmanagement liegt aber schon länger am Boden. Unaxis hatte die Führung zu oft ausgetauscht. Derzeit leitet Jürgen Steinbichler die Firma.

Die Angestellten konnten Vorschläge einreichen, wie der Stellenabbau zu verhindern wäre. Bei den Gesprächen lassen sich über hundert Angestellte von der Gewerkschaft Unia vertreten. Bei der Unia war man über den Willen der Arbeitnehmer, sich gegen den Jobabbau zu wehren, positiv überrascht. «Das habe ich noch selten erlebt», sagte der altgediente Präsident des Zuger Gewerkschaftsbundes, Bruno Bollinger. (BC)

Zuger Presse 31. Dezember 2004

Esec

Belegschaft verlangt Alternativen

Die Gewerkschaft Unia rief die Belegschaft des Chamer Chipherstellers Esec an einer Veranstaltung dazu auf, um den Erhalt der Arbeitsplätze zu kämpfen. Doch die Belegschaft resigniert zusehends.

VON ALICE CHALUPNY

«Die Esec darf nicht sterben» und «Unsere Arbeitsplätze bleiben in Cham». Solch markige Sprüche liess die Grossgewerkschaft Unia in blutroten Lettern auf grosse Plakate drucken und im Chamer Lorzensaal anbringen. Dies zur Motivation der Belegschaft des Chamer Chipherstellers Esec, wo 330 der 497 Arbeitsplätze im Zuge der Produktionsverlagerung nach Asien gestrichen werden sollen. Doch so recht mochte der Kampfgeist nicht aufkommen, trotz Plakaten, Fahnen und der Gewerkschaftshymne «Internationale».

Durchhalteparolen von Unia

Von den rund 300 angesprochenen Mitarbeitern der Esec erschien gerade mal ein Drittel zur gestrigen Gewerkschaftsveranstaltung. Die Teilnehmer gaben sich unentschlossen und stellten in einer zähflüssigen Debatte mehrfach die Verhandlungsstrategie von Unia in Frage. «Es ist völlig normal, dass sich in der Phase zwischen der Positionierung

und dem Entscheid über konkrete Massnahmen ein Vakuum bildet», beurteilte Beda Moor, Leiter des Unia-Sektors Industrie, das zögerliche Verhalten des Esec-Personals. In einer Kurzansprache rief er denn auch die Anwesenden zum Durchhalten auf. «Denn», so warnte Moor, «die Verantwortlichen bei Unaxis setzen auf eine Zermürbungsstrategie.»

«Resignation macht sich breit»

Wenn Unaxis – der Konzern integrierte die ehemalige Tochter Esec im März 2004 – auf Zeit spielt, dann kann sie vorerst zufrieden sein. «Bei uns sind zwar noch viele Emotionen im Spiel, aber langsam macht sich Resignation breit», klagt ein Belegschaftsmitglied. «Denn das Management hat mehrfach klargestellt, dass am Stellenabbau kein Weg vorbeiführt.» Auch Unia-Regional-

leiter und Verhandlungsführer André Veya bekam gestern im Lorzensaal Anzeichen dieser Resignation zu spüren – etwa, als sich niemand für die Verhandlungsdelegation meldete. «Sie machen es mir heute Abend nicht sehr einfach», schimpfte nach zweistündigem Hin und Her ein sichtlich genervter Veya. «So wird es sehr schwer, an der nächsten Sitzung vom 24. Januar mit Unaxis erfolgreich zu verhandeln.»

Schliesslich gelang es den Gewerkschaftsfunktionären doch noch, den Belegschaftsmitgliedern Entschlüsse abzurufen. Die Anwesenden lehnten die Stellungnahme der Unaxis, in der die Vorschläge der Belegschaft zum Stellen-erhalt kommentiert werden, einstimmig ab. Gefordert werden klare Alternativen zur Produktionsauslagerung nach Asien. Zudem sollen bis morgen Mittwoch die Personen für die Verhandlungsdelegation bestimmt werden.

Kein Kommentar zu Unia-Event

Unaxis kommentiert die Veranstaltung der Unia nicht. «Wir haben mit den Gewerkschaften vereinbart, das Konsultationsverfahren nicht öffentlich abzuhalten», sagt Unaxis-Sprecher Nicolas Weidmann. Dass der Konzern sämtliche Alternativvorschläge, welche die Belegschaft im Rahmen des Konsultationsverfahrens eingereicht hat, abgelehnt habe, mag Weidmann weder bestätigen noch dementieren. «Wir haben jeden Vorschlag gewissenhaft geprüft und jedem Antragsteller eine individuelle Rückmeldung gegeben.» Anders die Unia: Sie bestätigt, dass sämtliche Vorschläge zur Rettung der Chamer Arbeitsplätze abgewiesen worden seien, darunter Ansätze für eine neue Strategie, die eine Erweiterung der Produktpalette, Kostensen-

«Es ist normal, dass sich in dieser Phase ein Vakuum bildet.»

BEDA MOOR,
GEWERKSCHAFT UNIA

EXPRESS

► Teile der Esec-Belegschaft fassten gestern Beschlüsse über weitere Massnahmen.

► Beim Chamer Chiphersteller Esec sollen 330 der 497 Stellen abgebaut werden.

kung durch Re-Design und Reduktion der Gehälter der Geschäftsleitung vorsehe. Zudem sei Unaxis auch nicht an einem Business-Plan mit «Fokus Standort Schweiz» interessiert, weil der Mitarbeiternutzen einseitig über den Kundennutzen gestellt werde. Dies schreibt der Konzern in seiner Stellungnahme, welche dieser Zeitung vorliegt, an Unia.

«Schritt nach Asien unumgänglich»

Am Entscheid von Unaxis kann wohl nicht mehr gerüttelt werden. Sprecher Nicolas Weidmann hält sich zu den weiteren Schritten zwar bedeckt («Wir warten die Stellungnahme der Gewerkschaft ab»), betont allerdings: «Wir müssen uns der Marktrealität stellen: Längst hat in Asien eine Clusterbildung stattgefunden.» Die Mehrzahl der Konkurrenten, rund 80 Prozent der Kunden sowie ein zunehmender Teil der Schlüssellieferanten befänden sich mittlerweile im Fernen Osten. «Soll unser Unternehmen konkurrenzfähig bleiben, ist der Schritt nach Asien unumgänglich», bilanziert Weidmann.

Rettung von Jobs in Cham abgelehnt

Via Gewerkschaft Unia machte das Esec-Personal Vorschläge zum Erhalt des Produktionsstandortes Cham

Die Führung des Technologiekonzerns Unaxis will die Die-Bonder-Herstellung von Esec nicht in Cham belassen. Sie lehnt ein Management-Buy-out ab, ebenso wie einen neuen Business-Plan. Die Belegschaft ist frustriert.

Das Schweizerische Obligationenrecht räumt der Belegschaft eines Unternehmens bei bevorstehenden Massenentlassungen das Recht ein, Vorschläge zuhanden der Geschäftsleitung zu machen, wie Arbeitsplätze erhalten werden könnten. Beim Chipautomatenhersteller Esec in Cham (politisch Gemeinde Steinhausen) sollen 330 von 490 Arbeitsplätzen in den nächsten Jahren nach Asien verlegt werden. In Cham sollen nur Forschung und Entwicklung sowie kleine Reparatur-, Verkaufs- und Verwaltungsabteilungen bleiben.

Antworten auf viele Fragen

Die neue Einheitsgewerkschaft Unia, die von rund 100 Angestellten der vorher kaum organisierten Arbeitnehmerschaft mit der Wahrung ihrer Interessen mandatiert wurde, hat im Dezember auf 16 Seiten Fragen und Vorschläge der Belegschaft beim Technologiekonzern Unaxis eingereicht und vorige Woche auf 22 Seiten eine Antwort erhalten. Diese war am Montag Thema einer Betriebsversammlung im Lorzsaal Cham, an der gut 100 Esec-Mitarbeitende teilnahmen.

Die Stimmung war gedrückt. Denn Unaxis will der Belegschaft

zwar einen Kollektivvertrag gewähren und sie eine Betriebskommission wählen lassen, lehnt aber alle Vorschläge zur Rettung von Arbeitsplätzen in Cham strikt ab.

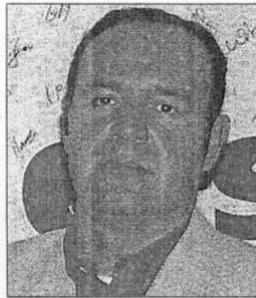
Was in Cham bleiben soll

Namentlich hatte die Unia namens ihrer Mitglieder vorgeschlagen, zwar binnen zweier Jahre eine Produktionsstätte für Wire Bonder (Chipverdrahter) in Asien zu errichten, die Herstellung von Die Bondern (Maschinen, die Chips auf eine Unterlage kleben) in Cham zu belassen.

Die Bonder sind traditionell eine Stärke von Esec, die gemäss Unia 2004 einen Weltmarktanteil von rund 30 Prozent erreichen werden – knapp 10 Prozent mehr als noch vor Jahresfrist. Bei den Wire Bondern hat Esec aber in den vergangenen Jahren Anteile verloren und ist auf dem Markt ungleich schlechter positioniert. Den technisch überlegenen Montageautomat «Tsunami», der nach der Flutkatastrophe in Südostasien in Wire Bonder 3100 umgetauft wurde, konnte man bisher nicht in erhofftem Mass verkaufen, wofür die Arbeitnehmerschaft eine verfehlte Vermarktungsstrategie im Bereich der Chipverdrahter verantwortlich macht. Die Automaten seien nur an Schlüsselkunden abgegeben worden, während andere Interessenten, die an grossen Stückzahlen interessiert waren, nicht mit Vorführmaschinen bedient wurden.

Vermeht auf eigene Stärke setzen

Die Unia schlug neben verschiedenen Optimierungsmassnahmen



«Wir haben es mit Leuten zu tun, die nicht mehr an unseren Standort glauben.»

André Veya, Unia Zentralschweiz.

vor, sich künftig verstärkt auf den Bereich Die Bonder zu verlegen, die Einführung der neuen Produkteplattform «Dragon» zu forcieren, die Verkaufs- und Supportaktivitäten in Asien zwar auszubauen, die Produktion und die Betriebsführung aber in Cham zu belassen. In diesem Zusammenhang wurde angeführt, dass 80 Prozent der Zulieferer in der Schweiz oder in Europa beheimatet seien. Einzelne Esec-Mitarbeiter sind überdies der Meinung, dass Wechselkursschwankungen – Esec kauft vorab in Franken oder Euro ein, verkauft aber in US-Dollar – dadurch aufgefangen werden könnten, dass man mit Zulieferern Verträge in Dollar abschliessen würde, wie es offenbar auch die Pilatuswerke in Stans tun.

Die Unaxis-Führung lehnte in ihrer Antwort eine Beibehaltung

der Die-Bonder-Produktion in Cham ab. Der Vorschlag stelle den Mitarbeitern über den Kundennutzen. Die Margen würden immer stärker unter Druck geraten, und man könne nicht erst handeln, wenn die Margen weggerodiert seien. Man müsse näher an die Kunden in Asien rücken, argumentiert Unaxis sinngemäss.

Unaxis will keine Zeit verlieren

Ebenso wenig will Unaxis von einem Vorschlag eines Management-Buy-outs von Esec in naher Zukunft wissen. Bei der Unia sind offensichtlich dazu bereits erhebliche Kapitalzusagen eingegangen. Auch die Ausarbeitung eines neuen Business-Plans mit Fokus auf einer Beibehaltung der Produktion in Cham wird abgelehnt. Die Geschäftseinheit könne sich weitere vier bis sechs Monate in lähmender Ungewissheit über die zukünftige Ausrichtung nicht leisten, hiess es. Zahlreiche Fragen zum rasanten Wechsel in der Chefetage von Esec liess Unaxis unbeantwortet, ebenso Fragen zur Besoldung von Kaderleuten. Auf Kritik zu Managementfehlern und buchhalterischen Fragen gabs vage Antworten.

Verhandlungsführer André Veya, Zentralschweizer Regionalleiter der Gewerkschaft Unia, sagte an der Betriebsversammlung: «Wir haben es hier mit Leuten zu tun, die nicht mehr an unseren Standort glauben.» Die Zukunft liege in Asien, sei ihm von Unaxis-Personalchef Matthias Mölloney gesagt worden. Veya gab sich trotz

dem kämpferisch. Ein solches «Nullangebot» seitens Unaxis könne man nicht akzeptieren.

Kein Vertrauen in die Führung

Viele Esec-Mitarbeiter waren aber niedergeschlagen. Zwar ist der Stolz auf den eigenen Betrieb, die Esec, und der Glaube an die eigenen Fähigkeiten ungebrochen. Das Vertrauen ins Topmanagement aber ist weg. Kaum einer scheint zu glauben, dass der Konzern im vorgesehenen Tempo Wissen und Erfahrung in Singapur, das bei der Standortwahl offenbar im Vordergrund steht, aufbauen kann.

«Wir haben mit Esec schon viele Höhen und Tiefen durchgemacht, und mehrmals hing die Zukunft des Unternehmens an einem dünnen Faden», sagte einer. «Aber jetzt wollen die da oben ja gar nicht mehr.»

Von Kampfmassnahmen war am Montag noch nicht ernstlich die Rede, vorerst will es die Unia mit weiteren Verhandlungen versuchen. Fruchtet dies nichts, soll der Kanton Zug als Vermittler angerufen werden. Aus dem Plenum war dazu ein skeptisches Votum zu hören. Die Reaktion der Behörden der Gemeinden und des Kantons auf die Verlagerungsankündigung von Unaxis sei «beschämend» gewesen. «Wo ist denn der Kanton», fragte der Esec-Mitarbeiter, «was macht der? Der Kanton Zug müsste doch ein Interesse daran haben, dass ein Unternehmen wie Esec hier bleibt.»

MARKUS MATHIS

Zuger Presse 19. Januar 2005

Folgende Stellungnahmen ist in der neuen Zuger Zeitung vom 5.12.04, in der Zuger Presse vom 6.12.04 und in der Zuger Woche vom 7.12.04 erschienen:

Das Kapital hat den Menschen zu dienen!

Wer erinnert sich noch an die Zeiten, als Pöstler und Bähnler mit ihren steifen Hüten das Symbol der ordentlichen und zuverlässigen Schweiz waren. Nun erleben wir, dass diese Pöstler mit ihrer Gewerkschaft daran sind, Streiks vorzubereiten. Sie müssen sich gegen den Abbau der Post-Dienstleistungen und gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen zur Wehr setzen. Seit der Abstimmung im September, als die Post-Initiative fast eine Mehrheit fand, wissen die Postangestellten, dass sie grosse Teile der arbeitenden Schweiz hinter sich haben.

An einem ganz normalen Arbeitstag Ende November 2004 lesen wir weitere Meldungen, die uns zu Denken geben: Die Superreichen haben dieses Jahr 17 Milliarden verdient. Bürgerliche Politiker wollen das Sonntagsarbeitsverbot lockern. Die Werkzeugmaschinenfabrik StarragHeckert streicht 120 Stellen. Der Arbeitgeberverband fordert Rentenalter 66 für alle. Zur gleichen Zeit also, als selbst in der FdP das Bewusstsein wächst, dass die zunehmend hektischen Arbeitsbedingungen krank machen, kommen die Arbeitgeber-Bosse und wollen das Rentenalter erhöhen. Nach wie vor sind sie uns aber die Antwort schuldig geblieben, wer die 65jährigen anstellt, die länger arbeiten müssen.

Neoliberale Abbau-Politiker und kurzsichtige Profit-Manager sind daran, alles kaputt zu machen, was einmal die Schweizer Qualität ausmachte. Die Dienstleistungen der Post werden privatisiert und, wenn sie nicht rentieren, abgebaut. Die Facharbeit der Industrie wird ins billigere Ausland wegsaniert. Die Fünftagewoche wird in Frage gestellt und nun sollen wir auch noch sonntags arbeiten. Die Folgen: Fast die Hälfte der Erwerbstätigen leiden laut der Gesundheitsbefragung des Bundesamtes für Statistik unter Stress. Das Burnout-Syndrom ist mittlerweile von der „Manager“- zur Volkskrankheit geworden.

Immer weniger arbeitende Menschen erreichen das Pensionsalter gesund und als Erwerbstätige. Ein flexibles Rentenalter wäre dringend nötig. Stattdessen fordern die Arbeitgeber eine Erhöhung. Um dies zu rechtfertigen, scheuen sie nicht davor zurück, die AHV schlecht zu machen. Dies obwohl alle seriösen und realistischen Berechnungen zeigen, dass die AHV kerngesund ist und, im Gegensatz zu den von den Arbeitgebern bevorzugten Pensionskassen, auf Jahre ihre Leistungen garantieren kann.

An jenem ganz normalen Arbeitstag Ende November gab es auch positive Meldungen: Die Bauarbeiter erhalten 80 Franken mehr Lohn. Die Arbeitenden der Swissmetal in Reconvilier streiken erfolgreich für die Erhaltung ihres Werkes. Nicht nur die Pöstler, die sich für ihre Arbeitsbedingungen wehren, auch die Gewerkschaften spüren die zunehmende Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung in ihrem Kampf dagegen, dass die Arbeitenden nur noch als Kostenfaktoren wahrgenommen werden. Das Kapital muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt!

Bruno Bollinger, Präsident Zuger Gewerkschaftsbund